

Aufruf: Bürgermeisterdemonstration in Kiel !

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag ruft seine Mitglieder zu einer Demonstration vor dem Landtag und dem Innenministerium auf:

**Treffpunkt: 1. Juni 2006, 12.00 Uhr Kiel, Reventlouallee,
Platz an der Reventloubrücke**

Wir demonstrieren für folgende Ziele:

- 1. Die Bürger brauchen leistungsfähige Gemeinden**
- 2. Das Land muß die Kommunen wirksam entlasten**
- 3. Das Land darf nicht in die Taschen der Kommunen greifen**

Stellvertretend für ihre Bürger fahren Schleswig-Holsteins Bürgermeister nach Kiel. Sie setzen sich dafür ein, daß die Gemeinden den Bürgern auch morgen noch Lebensqualität bieten können und die kommunale Selbstverwaltung stark bleibt.

- 1. Wir demonstrieren für leistungsfähige Gemeinden in Schleswig-Holstein, denn**
 - die Gemeinden sorgen für die Lebensqualität der Menschen, die Gemeinden müssen wichtige Zukunftsaufgaben wie Kinderbetreuung erfüllen können,
 - in den Gemeinden lebt das kommunale Ehrenamt und das Engagement der Bürger; Ehrenamt braucht Gestaltungsmöglichkeiten,
 - kommunale Investitionen schaffen Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.
- 2. Wir demonstrieren für die Aufgabenwende, denn**
 - die jetzigen gesetzlichen Aufgaben von Staat und Kommunen sind nicht mehr finanzierbar,
 - das Land muss durch einen Abbau von gesetzlichen Aufgaben und Standards eine nachhaltige und glaubwürdige Haushaltskonsolidierung betreiben,
 - das Land muss den Kommunen wieder mehr Entscheidungsfreiheiten geben.
- 3. Wir demonstrieren gegen einen Eingriff des Landes in die kommunalen Finanzen, denn**
 - so würden nur Schulden vom Land auf die Kommunen umverteilt,
 - der Rückgang kommunaler Investitionen kostet Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein
 - die Grundlagen für das kommunale Ehrenamt dürfen nicht zerstört werden.

Anlage zur Pressemitteilung vom 29.05.2006

Wer demonstriert?

Es demonstrieren rund 1000 Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker aus den Gemeinden in allen Kreisen Schleswig-Holsteins. Diese sind vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag mit Unterstützung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages zu dieser Demonstration aufgerufen worden.

Warum demonstrieren die Bürgermeister?

Die Bürgermeister demonstrieren **stellvertretend für ihre Bürgerinnen und Bürger**, weil die Landesregierung den Kommunen in Schleswig-Holstein durch einen Griff in deren Kassen allein in dieser Wahlperiode **480 Mio. Euro** entziehen will. Dies hätte katastrophale Folgen für die Infrastruktur in den Gemeinden. So könnten auf Jahre hinaus Kindergärten, Schulen, Sportstätten, Feuerwehren und Straßen nicht mehr Instand gehalten und angemessen ausgestattet werden.

Was ist das besondere daran?

1. Eine solche Bürgermeister-Demo hat es noch nie gegeben.
2. Der entscheidende Unterschied zu allen anderen Demonstrationen ist: Die Bürgermeister demonstrieren **nicht für ihre eigenen Interessen, sondern für das Gemeinwohl**. Die Kommunalpolitiker sind gar nicht selbst betroffen. Ihnen geht es aber um die Lebensqualität und die Infrastruktur in den Gemeinden, denn die Bürger würden den Griff in die kommunalen Kassen in allen Gemeinden unmittelbar zu spüren bekommen. Es geht außerdem um die **Zukunft des Ehrenamtes**. Es werden immer weniger Bürger zur Mitwirkung in der Kommunalpolitik und zur Übernahme von Verantwortung in der Gemeinde bereit sein, wenn die Kommunalpolitik nur noch die Wahl zwischen Verschuldung und Verwahrlosung hat.

Wen geht es an?

Es geht **jeden Einzelnen in Schleswig-Holstein** an. Denn die Gemeinden sorgen für die Lebensqualität vor Ort und für die Infrastruktur für Wirtschaft, Verkehr, Soziales, Bildung, Kultur.

Wenn die Landesregierung den Kommunen tatsächlich allein in dieser Wahlperiode 480 Mio. Euro wegnimmt, werden viele Gemeinden die **Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Hundesteuer oder die Zweitwohnungssteuer drastisch anheben** müssen. Neuan-schaffungen für **Kindertagesstätten** und **Schulen** sind nicht mehr möglich, kaputte **Straßen** können nicht mehr repariert werden. Die Zuschüsse für örtliche **Vereine** müssten ganz gestrichen werden, die Öffnungszeiten von **Bibliotheken** und anderen **Kultur-, Sport- oder Bildungseinrichtungen** müssten weiter

reduziert, viele sogar ganz geschlossen werden. All dies bekämen die Bürger und die Unternehmen in den schleswig-holsteinischen Kommunen unmittelbar zu spüren. Die Verantwortung dafür tragen jedoch nicht die Kommunalpolitiker, sondern die Landesregierung. Denn zu dem Griff in kommunale Kassen greift sie nur, weil sie nicht die Kraft zum entschlossenen Sparen bei den Ausgaben des Landes hat.

Wogegen wird demonstriert?

Es wird nicht gegen etwas demonstriert, sondern in erster Linie für etwas:

1. Die Bürger brauchen leistungsfähige Gemeinden
2. Das Land muss die Kommunen wirksam entlasten
3. Das Land darf nicht in die Taschen der Kommunen greifen

Wie ist der Ablauf?

Die Bürgermeister treffen sich um 12.00 Uhr am Platz vor dem Anleger Reventloubrücke, Reventlouallee. Sie gehen dann vor das Landeshaus, wo der Landesvorsitzende des SHGT, Bürgermeister Volker Dornquast und Kreispräsident Johannes Petersen (Vorsitzender des Landkreistages) sprechen werden. Die Fraktionen haben die Gelegenheit, sich an die Anwesenden zu wenden. Dann zieht die Demonstration weiter vor das Innenministerium, das für die Kommunalfinzen zuständig ist. Auch dort gibt es zwei kurze Reden. Gegen 13.30 / 14.00 Uhr wird die Versammlung aufgelöst.

Verweigern sich die Kommunen der Haushaltskonsolidierung?

Nein. Die Kommunen unterstützen eine Konsolidierung der Finanzen von Land und Kommunen. Die Gemeinden haben in den letzten Jahren eine äußerst strenge Sparpolitik betrieben. Vieles wird in den Gemeinden in Eigenleistung der Bürger ohne Inanspruchnahme staatlicher Kassen geleistet.

Dementsprechend haben die Kommunen dem Land ein weit reichendes Angebot gemacht: Das Land soll die Kommunen von gesetzlichen Aufgaben und Standards befreien und der kommunalen Selbstverwaltung Entscheidungsfreiheiten zurückgeben (**Aufgabenwende**). Soweit auf diese Weise eine nachweisliche finanzielle Entlastung der Kommunen erzielt wird, kann diese im Ergebnis dem Land zugute kommen. Einen Griff in kommunale Kassen, ohne die Kommunen gleichzeitig von Aufgaben zu entlasten, lehnen die Kommunen strikt ab. Die Landesregierung hat jedoch offenbar bisher nicht die Kraft zu einer solchen Entlastung der Kommunen. Wenn die große Koalition jedoch nur in fremde Kassen greifen kann ohne Aufgaben und Standards wirklich abzubauen, wäre sie politisch gescheitert.